

Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion:
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
 — Telefon: Amt 9, Nr. 6488. —
 Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.
 Redaktionschluss:
 8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:
Staats- und Gemeinde-Betriebe
sollen Musterinstitute sein.

Bezugspreise.
 Durch die Post (Zeitungspost Nr. 3164) ohne Bestellgeld
 0,80 Mf. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 Mf. Einzel-
 Nummer 0,20 Mf.
Anzeigen.
 Die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg.; bei Wiederholung billiger;
 für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 6.

Berlin, den 20. März 1903.

7. Jahrg.

Indirekte Arbeiterfürsorge. Ein Stück praktischer Sozialpolitik.

Von Brutus.

Schon vor mehr als vier Jahrzehnten rief Vainalle seinen Zeitgenossen die klammernden Worte zu: „Von zwei Dingen eins, meine Herren! Entweder lassen Sie uns Caperwein trinken und schöne Mädchen küssen, also nur dem gewöhnlichen Genüßgeizismus huldigen oder aber, wenn wir von Recht und Gerechtigkeit sprechen wollen, so lassen Sie uns alle unsere Kräfte der Verbesserung des dunklen Looses der unendlichen Mehrheit des Menschengeschlechtes weihen, aus deren nachbedeckten Kluthen die Reigenden nur hervorragende wie ein selbste Pflanz, gleichsam um zu zeigen, wie dunkel jene Kluth, wie tief ihr Abgrund sei.“ Diese Mahnung ist nicht wirkungslos verhallt, sondern man kann wohl behaupten, daß speziell in Deutschland die sozialpolitische Einsicht und das soziale Pflichtgefühl in den weitesten Kreisen im Wachsthum begriffen ist. Die Erkenntnis steigt, daß das Ziel einer gesunden Volkswirtschaft nicht in Heberarbeit und Heberproduktion, sondern in der Fürsorge für die Arbeiterklasse liegt.

Dah für eine anständige Arbeitsleistung ein anständiger Lohn gezahlt wird, ist eine Forderung, die von jedem Menschen unterliegt wird, der nur etwas Gerechtigkeitsempfinden im Leibe hat. Es widerspricht untreulich der Sozialpolitik, einen Menschen, der uns ein Stück Arbeit liefert, mit einem niedrigen Lohne abzugeben zu wollen. Ein einwiderliches soziales Empfinden aber begnügt sich nicht damit, selbst einen anständigen Lohn zu zahlen, sondern es zieht auch eine indirekte Förderung des Strebens nach anständigen Lohn und Arbeitsbedingungen in den Bereich seiner Fürsorge ein. Mit anderen Worten: Ein sozial empfindender Mensch, der eine Waare kauft, kümmert sich auch darum, ob die Erzeuger dieser Waare und diejenigen, die sie vertheilen, eine anständige Entlohnung dafür erhalten oder ob sie mit Hungerlöhnen abgepeist werden. Nur solcher Gutesinn geht gleichgültig an dieser Frage vorüber und spricht mit Mann: „Was kümmert mich mein Bruder?“

Leider läßt die heutige Praxis des täglichen Lebens in dieser Hinsicht noch viel zu wünschen übrig. So lange noch, wie es thatsächlich der Fall ist, hohe und allerhöchste Herrschaften an Hofe, in Formen und Schleppekleider und Federhüte tragen, die in erbärmlichen Schwimmbaden bei den kümmerlichsten Lohn und Arbeitsbedingungen hergestellt werden, so lange noch Behörden Arbeiten vergeben, ohne sich darum zu kümmern, ob die Uebernehmer derselben ihre Arbeiter anständig bezahlen oder ob sie dieselben in unanständiger Weise ausbeuten, so lange das Publikum überhaupt noch der Frage, welchen Lohn die Vertreter dieser oder jener Waare beziehen, gleichgültig und verständiglos gegenübersteht, so lange kann von einer indirekten Arbeiterfürsorge keine Rede sein. Erst wenn alle Volksschichten, hoch und niedrig, sich in dieser Beziehung ihrer Pflicht bewußt geworden sind, hat das Gerechtigkeitsempfinden Aussicht, das Wirtschaftsleben sozial ethisch zu durchdrängen.

Anfänge hierzu machen sich bereits bemerkbar.

(Es giebt Behörden, wenn sie auch noch selten sind wie weiße Raben, die es für ihre Pflicht halten, bei Vergebung von Arbeiten den betreffenden Unternehmern vertragsmäßig die Verpflichtung aufzuerlegen, den von ihnen beschäftigten Arbeitern anständige Lohn und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Diese sog. anständige Lohn und Arbeitsklausel findet leider in Deutschland noch viel zu wenig Anklang, trotzdem sie in anderen Ländern, z. B. in England, bereits sehr populär geworden ist. Bei den deutschen Behörden ist das soziale Empfinden noch viel zu wenig ausgebildet, sie begnügen sich damit, zur Ausführung der betreffenden Arbeit gutes Material zu fordern und dies zu kontrollieren, während sie sich um die Qualität des dabei beschäftigten Menschennaterials nicht kümmern.)

Auch das große Publikum beginnt sich allgemach mit der Frage der indirekten Arbeiterfürsorge zu beschäftigen. Die „ethische Gesellschaft“ in Philadelphia hat in ihren Statuten folgenden Paragraphen: „Wir wollen, soweit es irgend durchführbar ist, nur solche Waaren kaufen, die von Arbeitern bei vernünftigen Löhnen und anständigen Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind“, und in New York hat sich eine „Konsummentliga“ gebildet, die regelmäßig eine „weiße Liste“ veröffentlicht mit den Namen derjenigen Geschäftleute, die ihrem Arbeitspersonal und den Ueberangestellten anständige Lohn und Arbeitsbedingungen gewähren.

Am reichlichsten haben nach dieser Richtung hin die mit modernem Geiste erfüllten und von sozialpolitischen Gesichtspunkten aus geleiteten Konsumgenossenschaften gewirkt. Wenn eine Konsumgenossenschaft den heimlichen Krämergeiz abgestreift hat, so wird sie nicht nur ihre eigenen Angehörigen anständig entlohnen, sondern sie wird bei ihren Einkäufen auch diejenigen Lieferanten bevorzugen, die ihren Arbeitern einerseits das im eingeschränkten Koalitionsrecht und andererseits aus förmliche Löhne gewähren. Und geht eine solche Genossenschaft zur Eigenproduktion über, so wird sie ein Hauptaugenmerk darauf richten, ihre Arbeiter anständig zu entlohnen.

Wenn es in dieser Beziehung auch noch manchmal hundert, so giebt es doch bereits Vereine und Genossenschaften, die hierin als musterhaft bezeichnet werden können. Allerdings ist hier noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten: Die Konsumenten müssen erogen werden und man muß ihnen die Ueberzeugung beibringen, daß es ihre moralische Pflicht und Schuldigkeit ist, sich um die Bedingungen zu kümmern, unter denen die von ihnen gekauften Waaren hergestellt werden. Die heute noch herrschende tieftolle Meinungslosigkeit muß verschwinden und hierzu können und sollen die Konsumgenossenschaften ihr redliches Theil beitragen. Dazu bedarf es natürlich der Unterstützung der breiten Masse der Bevölkerung. Es muß erst dem Menschen in Fleisch und Blut übergehen, daß es ein Unrecht ist, Gegenstände zu gebrauchen, deren Hersteller Hungerlöhne bezahlen. Einem sozial empfindenden Menschen schmeckt z. B. das Brot erst dann, wenn er weiß, daß die Bäckergehilfen, die es herstellen, zu anständigen Lohn und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden.

(„Konsumgenossenschaft Sterckvondenz.“)

Zur Statuten-Vorlage.

Gegen die Statuten-Vorlage, welche der Verbands-Vorstand der bevorstehenden Generalversammlung unterbreitet hat, sind eine Reihe von Einwänden in den einzelnen Filialen erhoben worden. Wir möchten nun hier auf einige dieser Einwände zurückkommen, die uns besonders von Bedeutung erscheinen.

Zunächst hat man sich dagegen gewandt, daß zukünftig an den Verbandsvorstand statt 50 Pct. des Wochenbeitrages abgeführt werden sollen. Uns scheint es, als wenn man sich in einigen Filialen über die vorgeschlagene Herabsetzung nicht genügend klar ist.

Gegenwärtig beträgt der Wochenbeitrag 15 Pf.; von diesem erhält der Verbandsvorstand 50 Pct. gleich 7 1/2 Pf. Nach der Vorlage soll der Wochenbeitrag zukünftig 20 Pf. betragen, von welchen die Zentrale 75 Pct. gleich 15 Pf. erhält. Von diesen 15 Pf. scheiden von vornherein 5 Pf. aus, die für die Sterbeunterstützung berechnet sind; es verbleiben also dem Verbandsvorstande noch 10 Pf. für die eigentlichen Verbandszwecke, also 2 1/2 Pf. pro Woche mehr, als gegenwärtig. Der Verband hat momentan ungefähr 5000 zahlende Mitglieder. Demnach würde die Zentrale 5000 x 2 1/2 Pf. = 125 Mf. pro Woche an Mehr-Einnahmen aufzuweisen haben, oder pro Jahr 52 x 125 Mf. = 6500 Mf.

Diese Mehr-Einnahme wird aber bis auf den letzten Pfennig verbraucht, wenn der Verbandsvorstand die von ihm projektierten Dinge, nämlich: Vergrößerung der Fachzeitung, Ausbau der Verwaltungsmaterialien und verstärkte Agitation zur Ausführung bringt. Dabei kann noch gar nicht einmal daran gedacht werden, die Fachzeitung etwa wöchentlich erscheinen zu lassen, wie man hier und da gewünscht hat. Sollte die „Gewerkschaft“ zukünftig wöchentlich erscheinen, so würde das allein einen Kostenaufwand von 5500 Mf. verursachen. Der Verbandsvorstand hat 3000 Mf. für Vergrößerung der Fachzeitung, 1500 Mf. für den Ausbau der Verwaltungsmaterialien und 1400 Mf. für verstärkte Agitation in Vorschlag gebracht, sodah also die Mehreinnahme von 6500 Mf. vollständig aufgebraucht sein würde.

Sollte der Prozentatz nur auf 50 Pct. erhöht werden, so würde die jährliche Mehreinnahme nur 2100 Mf. ausmachen, womit also die projektierten Dinge nicht durchgeführt werden könnten, was aber unbedingt notwendig ist. Jemand, welche anderen Gelder stehen aber dem Verbandsvorstand nicht zur Verfügung. Die Errichtung des süddeutschen Sekretariats erfordert allein einen Kostenaufwand von 6000 Mf. pro Jahr, wodurch der sonstige Etat schon erheblich belastet wird.

Andererseits vermögen wir auch nicht einzusehen, weshalb die Filialen mehr als 5 Pf. pro Woche und Mitglied behalten sollen. In fast allen anderen Verbänden ist die Summe, welche am Orte bleibt, noch geringer, und empfehlen wir den Verbandskollegen, sich einmal die bezüglichen Publikationen der General-Kommission durchzulesen. Wenn einige kleinere Filialen mit den Geldern nicht auskommen, so muß die Zentrale eventuell Zuschuß leisten.

Ferner hat man sich namentlich dagegen gewandt, daß den Mitgliedern kein flagbares Recht auf Sterbeunterstützung gewährt werden soll. Das kann nicht geschehen, weil dann der Verband als eine Versicherungsgesellschaft betrachtet wird, die zunächst die staatliche Konzeption erwerben muß und dauernd der Aufsicht der Polizeibehörde unterliegen würde. Daher gewährt auch keine einzige gewerkschaftliche Organisation ihren Mitgliedern ein flagbares Recht auf Unterstützung, wenn sie das Unterstützungsgeld auch noch so ausgebaut hat. Selbstverständlich muß jedem Mitgliede die festgesetzte Unterstützung zu Theil werden, wofür wohl die Einrückungen des Verbandes bürgen.

Auch damit will man sich nicht einverstanden erklären, daß im Falle der Auflösung der Filiale die verbleibenden Gelder an die Verbandszentrale abzuführen sind. Wie notwendig aber diese Bestimmung ist, geht aus folgenden hervor. Wiederholt sind in den letzten Jahren Fälle vorgekommen, wo Filialen sich auflösten und die zwei oder drei noch vorhandenen Mitglieder sich den Massenbestand theilten! Bei einer eingegangenen Berliner Filiale bestanden sich z. B. zwei Mitglieder über 100 Mf. in ihre Tasche. Da ein solcher Zustand unhaltbar ist, darüber dürften wohl keine Meinungsverschiedenheiten mehr entstehen.

Dr. Voersich.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Diebig, Berlin N., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Bruno Poersch, Berlin W. 57, Bülowstr. 21,** Gartenhaus, part., Sprechst. von 11—1 Uhr Vormittags. Sonn und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: **P. Vosselart, Berlin N. 58, Tredeowstr. 48.** Alle Korrespondenzen Anfragen u. c. die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ bestimmt, sind nur an den Verbandskassierer zu richten. Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an Br. Poersch.

Vorsitzender des Ausschusses: Die Adresse derselben ist jetzt: **G. Schabel, Berlin O., Franzfurter Allee 64.**

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß diejenigen Anträge, welche auf dem bevorstehenden Verbandstage (14., 15. und 16. April 1903) zur Verhandlung kommen sollen, mindestens 4 Wochen vorher bei dem Verbands-Vorstande einzureichen sind.

Die Vorstandsmitglieder der Nittalen werden hierdurch noch besonders auf unsere Rundschreiben Nr. 4 und 5 von 1903 aufmerksam gemacht.

Gleichzeitig ermahnen wir alle unsere Korrespondenten und Vorstandmitglieder die uns zu sendenden Briefe zu richten, in letzter Zeit ist es nämlich sehr oft vorgekommen, daß wir Strafverordnungen zahlen mußten, weil die Kollegen das richtige Porto auf den Brief zu liegen vergessen hatten.

Für den Verbands-Vorstand.
J. A. Br. Poersch.

Versammlungen.

Berlin. Die weitere Fortsetzung in der Verathung der neuen Statutenvorlage fand hier am Donnerstag, den 12. März, in der „Arminhallen“ statt. Schabel, Klatt u. A. wandten sich gegen die Erhöhung des Beitrages, Einführung der Sterbe-Unterstützung und besonders gegen die Verkleinerung der Berliner Nittalen, während Poersch, Schumann, Ahmann und Schubert die Nothwendigkeit dieser Änderungen betonten. Resultat der Verhandlung der Nittalen wurde folgende Resolution gestellt:

„Die heute in den Arminhallen“ tagende komitee der Mitgliederversammlung der Nittalen verurteilt sich aus agitatorischen Gründen gegen die derzeitige „Allgemeine Verkleinerung“ der hiesigen Nittalen zu einer einzigen Nittale, da dieselbe dem jetzigen guten Entwicklungsstande keineswegs dienlich, sondern nur hinderlich sei würde. Die Verkleinerung erblickt ferner in tiefen Verhältnissen zur Generalversammlung, ohne vorherige Anhörung der hiesigen Mitglieder, eine Missachtung der Berliner Nittalen und erwartet vom Hauptverbande, daß Vorschläge zu solchen wichtigen Veränderungen den Nittalen rechtzeitig unterbreitet werden, damit eine gründliche Verathung derselben ermöglicht wird. Die Verkleinerung erwartet deshalb vom Hauptverbande resp. der Generalversammlung, die auf jenen Punkt bezüglichen Änderungen zu vertagen resp. nur insoweit vorzunehmen, als von denselben nur Nittalen betroffen werden, die in verwaltungsrechtlicher oder finanzieller Hinsicht ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder nicht nachkommen können.“

Nach lebhafter stundenlangender Debatte wurde diese Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt und dafür eine andere von Poersch eingebracht angenommen, in welcher man sich im Prinzip mit der neuen Vorlage einverstanden erklärte und der bevorstehenden Generalversammlung die endgültige Entscheidung überlassen will.

Berlin I. Unter verhältnismäßig guter Theilnahme fand am Dienstag, den 17. Februar, die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Lohnfrage beim Feinabstrich, und 2. Die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. Zum ersten Punkt wurde vorgebracht, daß beim Feinabstrich eine ungerechte Arbeitseinteilung vorherrscht, daß der Aufsicht über die Schichtarbeit und andere Hilfsarbeiter habe, welche aber im Lohnverhältnis, vollwertig ein Afford beisteht. Ferner äußerte man sich dahin, daß der niedrige Afford in keinem Verhältnis zu der körperlich anstrengenden und gesundheitsgefährlichen Arbeit stehe. Es wurde daher angeregt, noch von anderen Anstalten Anträge einzuholen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Feinabstrich. Kollege Schulze beantragte dann, daß für den Abstrich von 100 Pf. 40 Mt. und für 100 Pf. 20 Mt. Afford verlangt werden, der die Aufsicht führenden Arbeiter vom Afford ausgeschlossen und dieser Antrag dem Arbeiterausschuß zur Beantwortung vorgelegt werden soll.

Ferner wurde noch über die besonders gesundheits-schädliche und aufreibende Thätigkeit an dem neuen schragem Fein abstrich. Auch hierzu wurde beschlossen, weiteres Material von den anderen Betrieben einzuholen und dann einen hierauf bezüglichen Antrag dem Arbeiterausschuß zu übermitteln. Die folgende Wahl der Delegirten zur Generalversammlung ergab, daß Ahlert und Schulze mit 24 resp. 33 Stimmen zu Delegirten, und Salomon und Schröder mit 27 resp. 25 Stimmen zu Ersatzleuten gewählt wurden.

Berlin II. In der Versammlung am 22. Februar fand als erster Punkt die neue Statutenvorlage des Verbandsvorstandes auf der Tagesordnung. Der Verbandssekretär Poersch referirte hierüber und legte in ausführlicher Weise dar, welchen Zweck und Nutzen die Einführung einer Sterbeunterstützung, die Erhöhung der Beiträge und die Verkleinerung der Berliner Nittalen haben würden. Die Diskussion hierüber war sehr lebhaft. Die Kollegen tabelten bei der Sterbeunterstützung, daß dieselbe nicht auch auf Frauen und Kinder ausgedehnt sei und der Satz für die Mitglieder zu hoch veranschlagt sei. Im Allgemeinen fand die Vorlage viele Gegner. Deshalb wurde sie auch bei der einstimmigen Abstimmung mit Majorität abgelehnt. Als Delegirter zur Generalversammlung wurde der Vorsitzende, Kollege Klatt, mit 32 Stimmen gewählt. Dann wurde beschlossen, der Generalversammlung den Antrag auf Abschaffung der Delegirtenwahl zu unterbreiten. Unter verschiedenen sprachen noch mehrere Kollegen über die Vergrößerung der Regentage. Daraus schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Tresden. Zur Generalversammlung haben die Mitglieder der Kollegen Joh. Lüthen und Wilhelm Kleinmann Delegirte. Der Nittale Vorsitz wurde auf ihr Ansuchen und im Interesse der weiteren Entwicklung der Organisation im Mandat überlassen. Die Einzelmitgliederschaft Dresden hat zwar 27 Mitglieder von den 200 zur Wahlabtheilung Dresden, Breslau, Görlitz gehörigen, aber trotzdem erklärten sich die Kollegen einstimmig dafür, zur vorgeschlagenen Statutenänderung hat man sich dahin ausgesprochen, daß die den Nittalen überlassenen 25 Pro. zur Verwaltung der Nittalen nicht ausreichen, besonders dort, wo in Arbeit stehende Mitglieder nicht in der Lage sind, Verwaltungsaufgaben anzunehmen. Die Nittale Dresden ist jedoch nur zu halten, wenn genügende Mittel zur Verwaltung und Agitation zur Verfügung stehen. Auch die geplante Sterbeunterstützung hätten die Mitglieder für undurchführbar. Sie wollen daher auch nichts anfangen, was zu halten nach ihrer Meinung unmöglich ist. Für etwa notwendig werdende Ersatzrenten konnte man sich gleichfalls nicht erwärmen, da selbige selten einbringen und und dann der Zusammenhalt der Mitgliedschaft gefährdet wird. Allgemein wurde jedoch der Wunsch, Sterbepflicht einzuführen, unterliegt; jedoch soll dies auf anderer Grundlage und auch für Gehreuten geschehen. Letzteres Verlangen wurde damit begründet, daß gerade beim Ableben der Gehreuten die Mitglieder oft nicht in der Lage sind, ihren Pflichten nachzukommen, wenn der hinterlebende Gehreute oft noch schwerer daran, wie die hinterlebende Gehreute. Infolgedessen wird die Organisation in den meisten Fällen vernachlässigt und ist deshalb zu hoffen, daß auch hier die Möglichkeit einer Unternehmung gegeben wird. Anträge auf Veränderung der bestehenden Mängel fanden einstimmig sehr gegen eine Statutenänderung. Die selben werden durch den Verbandsverband zur Veröffentlichung gelangen. Im Bezug auf die Verkleinerung des Parbeiterauschusses wurde einstimmig beschlossen, denselben im Interesse der Treuearbeit zu verkleinern, wie sich auch die Streikerei und Winterkammer dazu entschließen, einen Theil der Kosten zu übernehmen.

Leipzig. Am 17. Februar tagte hier eine öffentliche Versammlung der Gemeindearbeiter. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Errichtung eines Arbeitersekretariats für Leipzig, sprach Kollege Franz. Er vermisst im Besonderen auf das Mangel des Genossen Segel über diesen Punkt und hob dann die Nothwendigkeit hervor, welche den Arbeitern durch ein solches Institut erwachsen. Kritische sich doch der Vorkommnisse der Arbeitersekretariate nicht bloß auf gewerbliche, sondern auch auf sämtliche andere Rechtsfragen. Redner äußerte sich noch über die Unterhaltungskosten des Sekretariats und vermisst dann darauf, daß sich schon eine Anzahl Gewerkschaften für die Errichtung derselben ausgesprochen haben. Die Diskussionerredner plädierten gleichfalls für Errichtung und wurde daher ein dem entsprechenden Antrag einstimmig angenommen. Darauf wurde die Abrechnung vom Herbst gegeben und der Arbeitslohn von 150 Mt. einstimmig zur Unterhaltungskosten überwiesen. Unter Generalvorsitz wurde die mangelhafte Agitation sowie die ungenügende Ausgabe von Handzetteln kritisiert. Dem gegenüber führte Kollege Ahlert an: er gebe wohl zu, daß die Agitation nicht in dem Maße erfolgt sei, wie es wünschenswert wäre, aber in Leipzig überlasse man eben alle Arbeiten einzelnen Vereinen. Es sei deshalb Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, selbst mit zu arbeiten. Weiter führte er noch an, daß in Gemeinschaft mit dem Kartellvorstand in nächster Zeit eine lebhaftere Agitation unter den Gemeindefabrikanten einzuführen werden soll. Außerdem wurde die Thätigkeit der Arbeiterscheine einer herben Kritik unterzogen. Mit dem Wunsche, jeder Einzelne möge zur Stärkung der Organisation beitragen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Leitdenberg. Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der in den Gemeindefabrikaten beschäftigten Arbeiter fand am Sonntag bei Gürlich statt. Schubert referirte über die Forderungen einer Thenerungszulage, Verabreichung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Errichtung von Arbeiter Ausschüssen und Abschaffung der im Gaswerk üblichen 24 Stunden-Schicht. Gemeindefabrikat Röhre erklärte sein volles Einverständnis mit verschiedenen Forderungen und empfahl den Gemeindefabrikaten die Aufertigung einer entsprechenden Petition, die außer den Gemeindefabrikaten jedem Gemeindefabrikat zugestellt werden müsse. Die Versammlung richtete durch Annahme einer entsprechenden Resolution an die Gemeindefabrikaten den dringenden Wunsch, so lange eine bessere Lohnentschädigung nicht stattgefunden hat, den Gemeindefabrikaten eine Thenerungszulage zu gewähren. Ferner sagt die Resolution: Es steht zu erhoffen, daß die Gemeindefabrikaten dem Beispiel anderer Kommunen folgen und für die Verbesserung der Gemeindefabrikaten in sozialpolitischen Hinsicht Schritte unternehmen werden, die es uns ermöglichen, gleich den anderen derartigen Arbeitern in dem Genus einer solchen Wohlthat zu gelangen. — Die Gasarbeiter wünschten im Interesse der Gesundheit und des geistigen Wohles die Abschaffung der 24stündigen Schichtarbeit. Die Gewerkschaften des unbeschränkten Koalitionsrechts in allen Gemeindefabrikaten zugewiesen.

Es wurden noch verschiedene Mißstände in den Betrieben zur Sprache gebracht. So hatte man einem Laternenwärter, welcher bei Ausübung seines Berufes den Strohhalm überfallen und mißhandelt worden und eine Zeit lang arbeitsunfähig geworden war, nicht allein seinen auf diese Zeit fallenden Lohn abgezogen, sondern er hatte noch die Mehrkosten seiner Verletzung, die durch den höheren Lohn seines Vertreters bedingt wurden, aus seiner Tasche zahlen müssen. Auf seine Bitten, halb an dem Vorgesetzten gerichtete Beschwerden, wurde ihm von demselben geantwortet: „Ja, werden Sie doch nicht krank.“ In einem anderen Betriebe, wo die Arbeiter den horenden Lohn von 30 Pf. die Stunde erhalten und eine Lohnzulage verlangen, wurde ihnen die Antwort zu Theil, der Betrieb reut sich nicht so, daß den Wünschen nachkommen werden kann. Im Uebrigen würden sich so viele Arbeiter finden, die gern die Stunde für 25 Pf. arbeiten würden.

Magdeburg III hielt ihre Mitgliederversammlung am Sonntag, den 1. März, Vormittags 11 Uhr bei Ab. Vater ab. Zu erledigen waren 5 Punkte. Nach Verlesung des Protokolls von der letzten Mitgliederversammlung, welches für richtig befunden wurde, gab der Kassierer den Kassenbericht. Der anwesende Revisor erklärte, daß er das Geld sowohl wie auch den Markenbestand für richtig befunden habe. Dem Kassierer nebst Hilfskassierer wurde dabei Entlastung erteilt. Das Resultat der Vorstandswahl war: 1. Vorsitzender Hesse, Kassierer Zent, Schriftführer Döring, Revisor Köhne und Michl, Revisoren Hoff und Leubner. Das vom Verbandsverband entworfene neue Statut wurde mit einem aus der Mitte der Versammlung gekommenen neuen Anträge zur Generalversammlung für annehmbar erklärt. Als Delegirter zur Generalversammlung wurde Kollege Hesse einstimmig gewählt. Im letzten Punkt der Tagesordnung wurde die von dem Verbandsverband angebotene Lohn- und Wohnzulage der hiesigen Arbeiter Magdeburgs von einem Verbandsmitglied verlesen. Im Verlauf der Debatte erwähnte der Vorsitzende die neu gewählten Verbandsmitglieder zu reger Aufmerksamkeit Thätigkeit und Einwirkung, damit so der Organisation gedient werde. Um 12 Uhr Mittags wurde die Versammlung geschlossen.

Schwarzenberg. Im Volkshaus zu Charlottenburg tagte am 24. Februar unter ziemlich starker Theilnahme die regelmäßige Mitglieder Versammlung. Zunächst fand die Tagesordnung der Vorstandswahl statt. Es wurden gewählt die Kollegen Gauson J. und Schumann. Dann hielt Kollege Schubert einen Vortrag über die neue Statuten Vorlage, welche befristete Aufnahme fand. Unterthut wurde dieser Vortrag in der Diskussion von etlichen Kollegen, welche unter Anderem den Wunsch äußerten, daß die neue Vorlage in Kraft treten möge, um so dem Verband mehr Aestigkeit und einheitliche Führung zu geben. Es wurde noch in Anregung gebracht, mehr öffentliche Versammlungen abzuhalten, in denen wissenschaftliche und lehrreiche Vorträge gehalten und auch den Frauen die Theilnahme empfohlen werden soll. Die Versammlung schloß um 10 1/2 Uhr mit einem Hoch auf den Verband.

Eingefandt.

Zur General-Versammlung. Zu dem Antrag des Verbands-Vorstandes, Änderung des Statuts, nimmt, will ich in folgendem einige kurze Bemerkungen machen. Einige unwesentliche Änderungen des Statuts will ich übergehen und bei § 7 anfangen. Es ist da vor allen Dingen zu begründen, daß es sich der Verbands-Vorstand zur Pflicht machen will, die Kassenführung der einzelnen Nittalen zu übernehmen resp. zu revidieren. Ich muß das unter allen Umständen ablehnen. Denn was den Kassieren mundschal für Zielraum gelassen wird, ist kaum zu beschreiben. Dabei will ich durchaus den einzelnen Kassieren ein Vertrauensvotum aussprechen, nein, nicht im Geringsten. Aber zu einer geregelten Kassenführung gehört vor allen Dingen eine gewissenhafte Revision. Ich will hierzu ein Beispiel anführen. In hiesiger Mitgliedschaft können wir uns in Bezug auf die Revisionen auf keinen günstigen Standpunkt stellen. Von den zwei Revisionen kam im letzten Halbjahre nach erfolgter Einladung nur eine nur der Gemeindefabrikat Röhre vor, nicht zu ersehen. Wenn nun der Gemeindefabrikat nicht gekommen wäre, so kann ich mir gar nicht denken, was daraus entstehen könnte.

Es ist vor allen Dingen darauf zu sehen, gewissenhafte und zielbewußte Kollegen als Revisoren in Vorschlag zu bringen. Dabei können dann auch Unter-schlagungen, wie sie leider erst in letzter Zeit wieder gemeldet wurden nicht so leicht vorkommen.

Im § 9 schlägt der Verbands-Vorstand vor, daß in Zukunft 75 pSt. an die Hauptkassen gehen sollen, anstatt wie bisher 50 pSt. Im Namen der hiesigen Mitgliedschaft muß ich ganz energig Protest einlegen, und ich glaube, die anderen Nittalen werden mir Recht geben. Wir in Chemnitz können überhaupt nicht mit Mitglieder Versammlungen rechnen, weil Nichtmitglieder keinen Zutritt haben und wir da keine Neuaufnahmen machen können.

ferner
den die
arbeiten
werden
rartigen
t zu ge
e der
ung des
dearbei
in den
Verbes
en und
ht allein
sonder
die
t nur
dieser
wurde
die doch
die Ar
nde er
nde die
so, daß
t. In
ie geru
nung
hr bei
Nach
derber
gab der
wurde
er neib
t. Das
Kieffe,
Kocher
as vom
re mit
en für
an er
munt
lt. Am
Ver
infinit
in Ver
dette r
erträn
und Sin
den.
atollen
ter Be
mmlung
sonst
r und
Bertrag
auf
in der
Anderem
in Kraft
heit und
en in An
en abun
Bertrage
eine em
loß um
Antrag
Verband
erlung
e Statut
e in da
Verband
affen
wachen
llen Um
mandat
schreiben
ten 13
ermigten
ebert v. r
Ich weil
bedidat
ur kein
Kreistoren
duna r
nicht zu
erfommen
e daraus
gemiffen
in Ver
h Unter
it wieder
r, daß in
n, antwort
Mitglied
und ich
ht geben
Mitglieder
gliche der
Neu Auf

Leffentliche Versammlungen lösten jedoch Geld.
(Anfertige, Handzettel, ev. Klafate.) Daß wir da unter
feinen Umständen auskommen können, liegt klar auf der
Hand, selbst wenn der Verbands-Vorstand sämtliche
Verwaltungsmaterial stellen will. Ich glaube, anderen
Nitzalen wird das genau so gehen. Ich bitte diesen
Punkt in den einzelnen Nitzalen ausführlich besprechen
zu wollen.

Jur Einführung der Sterbe-Unterstützung kann ich
nur den Mitgliedern anrathen, derselben zuzustimmen.
Es ist schon durch viele Sterbefälle namenloses Unglück
über die Familie des Erblassers heringebrochen. Durch
die Einführung der Sterbe-Unterstützung wird vor allen
Dingen auch die Klutuation des Mitgliederbestandes
einigermassen aufgehoben. Denn wer wird seine erwor-
benen Rechte fallen lassen wollen? Außerdem werden
wir auch die Frauen dadurch für unseren Verband
mehr interessieren können, denn ich glaube, hinter
manchem Anstrich ist die Frau zu suchen. Wenn die
Frau jedoch nicht, daß der Verband etwas bietet, so
wird sie den Mann auch nicht hindern, denselben an-
zugesehen.

Man hätte sich vor allen Dingen noch einen Antrag
zu stellen, nämlich: „Einführung einer Unterstützung in
Nothfällen.“

verschiedene Mitglieder werden schon in einer Lage
gewesen sein, wo man sozusagen aus der Haut fahren
konnte. Es ist z. B. die Frau gestorben, der Mann
dann mit Mühe und Noth das Begräbnißgeld auf-
zuheben, und dann wochen, ja monatelang keine ordent-
liche Nahrung zu sich nehmen. Oder, es ist die Frau
krank und kann längere Zeit nichts verdienen. Und
dergleichen mehr. Beispiele giebt es hierzu genug. Es
wäre deshalb wünschenswerth, daß der Verbands-Vor-
stand sowie die General-Versammlung hierzu Stellung
nähmen und meinen Antrag annehmen. Ich hoffe, in
Vorliegendem Anregung zur Diskussion gegeben zu
haben und erwarte die Kollegen, von ihrem Rechte Ge-
brauch zu machen.

Gehemmt. M. R.

Aus den Gemeinden.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, jenes
Organ, in dem die „besetzten Agitatoren“ der Unter-
nehmer Verbände ihre Weisheit — wir hätten bald ge-
schrieben „Sagaritel“ — abladen, beschäftigt sich in
seiner letzten Nummer auch mit einer Veram-
lung unserer Weisiger Kollegen und knüpft daran fol-
gende Bemerkung:

„Es wäre sehr gut, wenn die städtischen Be-
hörden solcher Agitation ihrer Arbeiter
gegenüber nicht ganz theilnahmslos sich
verhielten, denn ein zu spätes Eingreifen
wird eine vollständige Abhängigkeit von
den Leitern der Organisation zur Folge
haben.“

Man versucht also die städtischen Behörden gegen
unseren Verband scharf zu machen und sie zum Kampf
gegen denselben zu bewegen. Damit werden allerdings
die Herren wenig Glück haben, denn städtischer Seite
haben die städtischen Behörden denn doch schon ein
etwas größeres sozialpolitisches Verständnis, als die
„besetzten Agitatoren“ der Stadtmacher Verbände.

Was hat z. B. Herr Reichert v. Reising — Chef-
redakteur der „Arbeitgeber-Zeitung“ zu Kollegen? Herr
Reichert v. Reisinger Kirchener hat sogar unserer
Verbandsleitung seiner Zeit die schriftliche Mittheilung
gemacht, daß die städtischen Behörden nichts gegen die
Klutation ihrer Arbeiter einwenden haben. Ja, es
findet in Berlin sogar Verfügungen erlassen worden, die
es den Vätern unterliegen, sich in die organisatorischen
Veränderungen der Arbeiter einzumischen? „Ja, ja, mein
lieber Reichert, die Zeiten werden immer verkehrter! Lange
wird es nicht mehr dauern, dann müssen die einen
Arbeitgeber den Stand von den Familien schützen,
da die rechte Hand davon vollständig das Regiment in
Händen hat. Die „besetzten Agitatoren“ der Unter-
nehmer Verbände verlieren dann ihre gut betriebe-
te, die Stadtmacher Presse verschwindet u. s. w.
Es ist eine traurige Zukunft, welcher wir entgegen-
sehen. Herr! Habe Erbarmen und vermicde die
rothe Blut! — Farben, dann fehlt es ja Herrn von
Reising und seinen Kollegen wieder an entweichender
Redaktion!“

Die Stadt Hensoburg als Arbeitgeberin. In
der letzten Sitzung der städtischen Kollegen benämigte
bei dem Titel Abfuhrwerken der Stadtverordnete W. S. W.
die lümmliche Entlohnung der schweibenden Ar-
beitsmannschaften. Er hat mit der Erhöhung des Lohnes
von 17 auf 18 Mk. pro Woche. Denn 17 Mk. sei kein
angemessener Wochenlohn für eine Arbeiterfamilie, wo
selbst die Armenkommission bis zu 16,50 Mk. pro Woche
Unterstützung gewährt. Die Bürgermeister Dr. Lobben
und Dr. Schrader verweisen darauf, daß die Stadt
bereits einen wesentlichen Theil der von den Arbeitern
zu leistenden verschiedenen Klassenbeiträge übernommen
habe. Jetzt gerade sei keine geeignete Zeit zu einer
Aufbesserung. Erst vor Kurzem sei eine Aufbesserung
erfolgt. Vom nächsten Jahre ab soll voraussichtlich
eine Erhöhung von 1 Mk. pro Woche stattfinden. Sehr
treffend bemerkt hierzu die „Hensb. Nachr.“: „Wie
erträglich mühen wohl vor dieser „Aufbesserung“ die
Löhne gewesen sein? Wir fügen hinzu: Auch heute
ind diese Löhne noch erbärmliche, sie erreichen nicht
einmal den hier üblichen Tagelohn. Die Stadt
sollte mit gutem Beispiele vorangehen und sie kann es
leicht, wenn auf andern Klümben, wie Wismarbrücken,
Ahlbeck, Spanden von Ehrenreihen bei Segelregatten
u. s. w. verzichtet wird.“ (Schl.-Woll. Volksztg.)

Die Treubener Kollegen haben am 24. Februar
eine Eingabe an das Tiefbauamt gerichtet, in
der ersucht wird, die jetzt bedeutend verkürzte Arbeits-
zeit wieder so zu gestalten, daß Wohnausfälle weg-
bleiben. Bisher haben die Kollegen durch verkürzte
Arbeitszeit und die dadurch bedingten Wohnausfälle
sehr zu leiden gehabt. Ferner soll mittelst einer
Petition an den Rath der Stadt bezweckt werden,
daß die Löhne der am schlechtesten bezahlten Arbeiter
aufgebessert werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Stützen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen
abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Ver-
änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin.** Kombinierte Versammlungen finden statt: am Dienstag,
den 28. u. 30. Juni, 4. August, 8. September, 13. Oktober und
17. November, in den Kränzhallen, Sonnabend abends 8 Uhr.
- Berlin I. A.** (Königliche Bergarbeiter) Kränzhallen-Versammlung am
21. März, Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor.
- Berlin I. B.** (Königliche Bergarbeiter) 24. März, bei Gwald,
Schönebergstraße 6, Abends 8 Uhr.
- Berlin II.** (Königliche Bergarbeiter) Sonnabend, den 4. April,
bei Frau, Dragonerstraße 16, Abends halb 8 Uhr.
- Berlin III.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats,
Borsig 9 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor.
- Berlin V.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
des Monats bei Frau, Dragonerstraße 16, Nachmittags halb 6 Uhr.
- Berlin VI.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Dienstag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor.
- Berlin VII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Dienstag
nach dem 15. des Monats, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin VIII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag
nach dem 15. des Monats, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin IX.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin X.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XI.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XIII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XIV.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XV.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XVI.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XVII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XVIII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XIX.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XX.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXI.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXIII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXIV.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXV.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXVI.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXVII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXVIII.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXIX.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.
- Berlin XXX.** (Königliche Bergarbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15.
Abends 8 Uhr, bei Köpfer, Preislaure Kaser, am Reichthor, 8 Uhr.

Abrechnung des Verbands-Vorstandes vom 4. Quartal 1902.

Einnahme:	
An Beitrag vom Beginn d. 4. Quart. 1902	10290,88 Mk
Eintrittsgeldern u. Mitgliederbeiträgen	6019,60
Divorcen	3,65
Summa	16314,08 Mk
Ausgabe:	
Ver. Die Gewerkschaft & Conto	1550,- Mk
Agitation	899,73
Gemahregelten-Unterstützung	15,-
Rechtsidm	35,05
Beitrag an die General-Kommission für 4. Quartal 1902	158,78
Sächliche Verwaltungskosten:	
Stempel, Bücher, Telephon, Bureaubedarf an Heizung, Licht, Reinigung und sonstige Utensilien	482,21 Mk
Büreaumiethe	20,34
Borte	257,87
Druckkosten	514,50
1555,22	
Personliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	875,04 Mk
Sitzungsgelder	39,75
915,39	
Divorcen	14,60
Summa	5125,77 Mk
Abchluß:	
Einnahme	16314,08 Mk
Ausgabe	5125,77
Reibit Bestand	11188,31 Mk
R. Pöschel, a. R., Verbandskassirer.	
Berlin, den 8. März 1903.	

Die Weisiger.

A. Schabel, C. J. J. J.

Zusammenstellung über die Gesamt-Einnahme und -Ausgabe des Verbandes im 4. Quartal 1902.

Einnahme:	
Einnahme der Nitzalen	28171,84 Mk
Einnahme des Verbands-Vorstandes	10294,45
Summa	38466,32 Mk
Ausgabe:	
Ausgabe der Nitzalen	6862,58 Mk
Ausgabe des Verbands-Vorstandes	5125,77
Summa	11988,31 Mk
Abchluß:	
Gesamt-Einnahme	38466,32 Mk
Gesamt-Ausgabe	11988,31
Reibit ein Vermögen von	26478,01 Mk
Davon in den Nitzalen	10789,71 Mk
Davon hat der Verbands-Vorstand	11188,31

Achtung! Achtung!
Städtische Arbeiter Nixdorfs.
Donnerstag, den 26. März, Abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
im Lokale des Herrn Thiele, Bergstr. 151/152.
Tages Ordnung:
1. Vortrag über Vorkaufung, Theuerungszulage und Arbeits-Ausstände in städtischen Betrieben. 2. Ziel-Entscheidung bei Entlassungen außer der Reihe. Referent: Gewerkschaftssekretär H. Schuberl.

Berlin XV. (Parkarbeiter.)
Sonnabend, den 18. April 1903:
I. Stiftungs-Fest
im Andreagarten, Andreastr. 26.
Beziehend an Ball und humoristischen Vorträgen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 2 1/2.
Entree: Herren 50, Damen 25 Pf. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Weltall und Menschheit

Extrabelgaben in neuem System der Darstellung.

ca. 2000 schwarze und bunte Illustrationen, sowie zahlreiche Fotokopie-Beilagen.

Geschichte der Erforschung der Natur und der Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker

von
Hans Kraemer
in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern.

Reichillustriertes Prachtwerk

Komplett in 5 Bänden, Preis pro Bd. 16 Mk.
= 19 Kr. 20 H. = 21 Fracs. 35 ctm.

Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W. 57.

